

Freiheit ist das höchste Gut!



lic. iur.
Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentralpräsi-
dent, Zürich

In diesen Wochen entscheidet der Bundesrat über das weitere Vorgehen bezüglich des «institutionellen Rahmenabkommens» mit der EU. Dagegen regt sich inzwischen aus fast allen Parteien starker Widerstand. Nun wird versucht, mit dem Vorschlag einer punktuellen «Immunisierung» der Schweiz gegen neues EU-Recht, insbesondere betreffend Lohnschutz und Unionsbürgerrechtlinie, die Gegner des Abkommens zu spalten. **Das Grundproblem bildet indessen die weiterhin vorgesehene «dynamische» (gemeint ist in Wirklichkeit: zwangsweise und automatische) Übernahme von immer mehr EU-Gesetzen. Diese bedeutet eine weit-**

gehende Aufgabe unserer staatlichen Souveränität und ist eines freien Landes unwürdig! Die Befürworter des Abkommens beschwichtigen, dass es ja nur um EU-Recht gehe, welches die bilateralen Verträge über die wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU betreffe. **Sie übersehen, dass aus der Sicht der EU fast alles irgendwie «marktrelevant» ist und deshalb von Brüssel aus für den ganzen Kontinent einheitlich geregelt werden muss.**

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Mit dem Abschluss des Rahmenabkommens würden wir also einen sehr grossen Teil unserer Gesetzgebung einer fremden Macht überlassen. Erschreckend ist, dass sehr viele Schweizer Politiker dies in Kauf nehmen, und das vor allem, weil sie um die bisherigen bilateralen Verträge fürchten. Diese sind in den letzten Jahren zu einer heiligen Kuh hochstilisiert worden, die um jeden Preis am Leben erhalten und weiter hochgepöppelt werden muss. Dabei ist ihr Nutzen höchst umstritten.

Einen «Wohlstandsschub» haben uns diese «Bilateralen» keineswegs gebracht, dafür aber die korrekte Umsetzung der Alpeninitiative verhindert und die Überbevölkerung der Schweiz dramatisch verschlimmert.

Es wäre kein Weltuntergang, wenn mangels eines Rahmenabkommens nach und nach auch diese bilateralen Verträge hinfällig würden. Trotzdem fehlt Bundesrat und Parlament der

Mut zum eigenen Weg

Sie sollten endlich aufhören, nach Brüssel zu rennen und dort als unterwürfige Bittsteller aufzutreten. Wer dies tut, zeigt Schwäche und wird über den Tisch gezogen. **Ohnehin sollte die Schweiz als souveräner Staat nicht mit der Brüsseler Bürokratie, sondern nur mit anderen Staaten verhandeln.** Bei der Ablehnung der immer ärgeren Verstrickung der Schweiz in drückende aussenpolitische Verpflichtungen geht es entgegen den Behauptungen aus sozialistischen und grünen Kreisen nicht um Sozial- oder Umweltdumping.

Faire Löhne können wir auch ohne bilaterale Verträge und flankierende Massnahmen gewährleisten. Dafür braucht es keine EU, sondern in erster Linie allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge und andere bewährte sozialpartnerschaftliche Instrumente.



Man erhoffte sich von der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (Bild) einen Umgang mit mehr Verständnis für die hiesigen politischen Abläufe. Danach sieht es jedoch zurzeit eher nicht aus.

Zum Jahresende – gemeinsam vorwärts!

Dieses denkwürdige Jahr neigt sich allmählich dem Ende zu. Dabei möchten wir es nicht unterlassen, Ihnen für die Advents- und Weihnachtszeit viel Kraft und vor allem gute Gesundheit zu wünschen. Einmal mehr erwarten uns demnächst prioritäre politische Geschäfte wie etwa das institutionelle Rahmenabkommen (Abschaffung der Souveränität geht in die nächste Runde) oder die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» (gegen schleichende Islamisierung) mit den SD im Initiativkomitee. Wir haben die ehrenvolle Pflicht, nicht zuletzt gegenüber Ihnen, entsprechende Aktivitäten durchzuführen. Daher ist für uns jede noch so kleine Spende von grösster Bedeutung. Die SD bedanken sich für Ihre Unterstützung.

Ihre SD-Parteilitung

Wenn nötig, können wir für gewisse Bereiche auch per Gesetz Mindestlöhne einführen. **Ebenso sind wir Schweizer selbst fähig, für einen griffigen Natur- und Landschaftsschutz zu sorgen.**

Besonders lächerlich

ist das Gejammer, dass sich die Schweiz ohne Rahmenabkommen nicht mehr an den Forschungsprogrammen der EU beteiligen könne. Die führenden Forschungseinrichtungen Europas befinden sich in England und in der Schweiz, nicht in der EU.

Wozu also sollen wir Milliarden in einen EU-Forschungsstopp einzahlen und dann in Brüssel darum betteln, wieder etwas davon zurückzubekommen? Viel gescheiter ist es doch, das Geld direkt in unseren Forschungsplatz zu investieren. Der Starke ist am stärksten allein.

Ähnliches gilt für Auslandsemeister von Studenten oder Sprachaufenthalte. Diese waren auf Gegenseitigkeit schon möglich, als es noch gar keine EU gab, und

Freiheit ist das höchste Gut!*Fortsetzung von Seite 1*

hängen sicher nicht von deren Gnade ab. Die Verfechter einer immer stärkeren Anbindung an (oder genauer gesagt: Unterwerfung unter) die EU betonen immerzu, dass wir einen grossen Teil unseres Geldes im Handel mit EU-Ländern verdienen. Das stimmt zwar, war aber schon immer so. Es wird auch ohne Rahmenabkommen so bleiben, dass wir einen grossen Teil unseres Handels mit den Nachbarländern abwickeln, denn

gute Waren und Dienstleistungen werden gekauft

– egal ob das «Brüssel» gefällt oder nicht! **Die EU als Ganzes hat im Übrigen uns gegenüber einen Handelsbilanzüberschuss und wird deshalb sicher keinen Handelskrieg mit der Schweiz vom Zaun brechen.** Sie kann sich das nicht leisten, denn sie wird von einer wachsenden Zahl von Krisen geschüttelt, hat ihren Zenit offensichtlich überschritten und befindet sich uns gegenüber gewiss nicht in einer Position der Stärke.



Mit dem institutionellen Rahmenabkommen dürften die Kantonalbanken (Bild: Hauptsitz der Zürcher Kantonalbank) nicht mehr staatlich unterstützt werden (sogenannte Staatsgarantie), was einer Privatisierung gleichkäme.

Gegen Freihandel ist – ausser vielleicht im Bereich der Landwirtschaft – auch aus unserer Sicht nichts einzuwenden. Doch die Gegenleistung von Freihandel besteht darin, dass auch wir auf Zölle und dergleichen verzichten, und nicht darin, dass wir uns unseren Handelspartnern zusätzlich politisch unterwerfen.

Das sollte der Bundesrat endlich klarstellen, wenn es um Verhandlungen mit der EU und deren Mitgliedstaaten geht. Nicht einmal China, ein totalitär regiertes Land mit Weltmachtambitionen, kommt auf die Idee, den freien Handel mit der Schweiz davon abhängig zu machen, dass wir das kommunistische System und chinesische Gesetze übernehmen!

Leider ist zu befürchten, dass es dem Bundesrat gelingt, einen Teil der Skeptiker, namentlich die Gewerkschaften oder die CVP, zum Einknicken und so das Rahmenabkommen durchs Parlament zu bringen. Dann müssen wir Stimmberechtigten es richten und den EU-Unterwerfungsvertrag in einer Volksabstimmung endgültig versenken.

Auf diesen Abstimmungskampf müssen wir alle uns schon jetzt vorbereiten. Denn dann geht es für uns Schweizerinnen und Schweizer ums «Eingemachte», nämlich um nichts weniger als um die Freiheit, weiterhin unsere Gesetze frei machen zu können. Die Freiheit ist das höchste Gut. Sie dürfen wir niemals preisgeben, selbst wenn uns das Bestehen auf der Unabhängigkeit und Souveränität der Eidgenossenschaft ein paar Prozente Bruttoinlandprodukt kosten sollte – was ohnehin kaum geschehen wird. **So lasst uns also gegen das Duckmäusertum unserer Regierung aufstehen und unsere Freiheit verteidigen!**

Konzernverantwortung: Lassen wir Menschlichkeit und Vernunft walten

Der Abstimmungskampf um die Konzernverantwortungsinitiative (KVI), über die wir am 29. November 2020 abstimmen werden, befindet sich in der heissen Phase. Während die Initianten eine vermeintliche Selbstverständlichkeit fordern, laufen die Grosskonzerne Sturm gegen die Initiative und investieren Abermillionen in deren Bekämpfung. **Für die multinationalen Unternehmen steht nämlich viel auf dem Spiel, denn sie sehen ihren Profit bedroht.** Man sieht sie seit geraumer Zeit im ganzen Land an den Fenstern und Balkongeländern wehen. Die orangen Fahnen mit dem Schriftzug «Konzernverantwortungsinitiative JA!» haben schon fast Kultstatus erreicht und prägen viele Wohnquartiere. Die Konzernverantwortungsinitiative, offiziell die eidgenössische Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt», verlangt etwas, das für uns in der Schweiz bereits eine Selbstverständlichkeit ist: die Einhaltung von international anerkannten Umweltstandards und Menschenrechten.

Konkret sollen Firmen mit Sitz in der Schweiz sowie alle ihre Tochterfirmen auf der ganzen Welt international anerkannte Umweltstandards und Menschenrechte einhalten müssen.

Tun sie dies nicht, können sie mit der Annahme der KVI in der Schweiz vor Gericht gestellt und für ihre Untaten zur Rechenschaft gezogen werden, auch wenn das Verbrechen im Ausland begangen wurde. Wer Schaden anrichtet, soll dafür geradestehen. Verantwortung übernehmen heisst hier das Zauberwort.

Ein kleines Gedankenexperiment

Stellen wir uns einmal folgendes Szenario vor: Palmölproduzenten beginnen, unsere Wälder im Flachland im grossen Stil abzuholzen und Bauern, die das Kulturland bewirtschaften, mit Gewalt zu vertreiben. Die Bäume und Bauernhäuser müssen den überdimensionierten

nierten Palmölplantagen weichen, die gebraucht werden, um den Palmölbedarf von Firmen wie Nestlé für die Produktion von Lebensmitteln zu decken.

Auf den Plantagen arbeiten, weil es billig ist, Schweizer Kinder. Sie müssen unter anderem die Palmen mit Pestiziden des Basler Chemiekonzerns Syngenta behandeln, um den Ertrag zu steigern. Dabei handelt es sich um Pestizide wie Polo, die bei uns eigentlich schon längst verboten sind und schlimme gesundheitliche Folgen mit sich bringen.

Unsere Kinder müssen die Pestizide barfuss und ohne Schutzkleidung oder Atemschutz-ausrüstung ausbringen, da solche Massnahmen zusätzliche Kosten in der Produktion verursachen würden. Die Schweizer Plantagenkinder werden in der Folge krank und erleiden katastrophale Langzeitfolgen für ihre Gesundheit wie zum Beispiel Sehstörungen.

Manche werden ihr verkürztes Leben lang daran leiden, andere sterben schneller daran. Nachdem im Schweizer Alpenraum grössere Silber-, Kupfer- und Kohlevorkommen entdeckt wurden, beginnt Glencore, das weltweit grösste im Rohstoffhandel tätige Unternehmen, mit dem Abbau dieser gewinnbringenden Rohstoffe. Wo einst Kühe auf blühenden Alpenwiesen grasten und Wanderer ihr Wochenende in der ruhigen Bergidylle genossen, finden sich heute nur noch Krater und Minen, wo Rohstoffe abgebaut werden.

Der Rhein, die Aare oder der Zürichsee verkommen zu stinkenden braunen Kloaken. Wir können das Wasser nicht mehr trinken und nicht mehr darin baden, weil wir uns damit vergiften würden.

Die einst sauberen, klaren Gewässer sind auf Jahrzehnte hin verseucht – ein unvermeidbarer Nebeneffekt des Silber- und Kupfer- sowie Kohleabbaus in den Schweizer

Alpen, denn die für diese Prozesse benötigten giftigen Chemikalien und die anfallenden Abfälle werden einfach in unseren Gewässern entsorgt. **Unser Volk wird ausgebeutet, leidet und kann sich gegen die Übermacht der Konzerne nicht zur Wehr setzen.**

Profit steht über der Menschlichkeit

Solche Tragödien sind für uns schier unvorstellbare Horrorszenarien. Und doch sind sie in vielen Teilen dieser Welt Realität. Vor allem Entwicklungsländer in Afrika, Südamerika und Asien sind betroffen, da die dortigen staatlichen Strukturen oftmals zu schwach sind, um sich gegen die mächtigen multinationalen Konzerne wie Glencore, Syngenta, Nestlé oder den Zementhersteller LafargeHolcim – allesamt mit Sitz in der Schweiz – zu wehren.



Pestizide des globalen Agrarriesen Syngenta führten bei indischen Kleinbauern teilweise zu tödlichen Gesundheitsschäden.

Die Verbrechen dieser und anderer multinationalen Unternehmen in Ländern wie Indien, Nigeria, Sambia, Tschad, Kongo oder Peru landen seit Jahren immer wieder in den Schlagzeilen. Doch was sind die Konsequenzen? Nach einem kurzen Shitstorm, wenn es denn überhaupt zu einem kommt, gehen alle wieder zur Tagesordnung über.

Konsequenzen hat das Handeln dieser Grosskonzerne in den aller seltensten Fällen für die Verantwortlichen. Lediglich die von den Folgen betroffene Lokalbevölkerung in der Dritten Welt leidet, während die Unternehmen ihre wirtschaftlichen Interessen erbarungslos durchsetzen. Ist die Lebensgrundlage der Menschen in einem Gebiet erst einmal zerstört, sind sie zur Migration gezwungen. Die einsetzenden Fluchtbewegungen verlagern sich nicht selten in Richtung Europa und damit auch in Richtung Schweiz.

Wenn wir also hinnehmen, dass Firmen mit Sitz in der Schweiz weiterhin ganze Landstriche verwüsten, kommen auch in Zukunft die Folgen des Problems zu uns zurück, und zwar in Form von Einwanderung von Menschen aus Drittweltländern.

Es existiert kein plausibler Grund, weshalb gewisse Menschen in an-

deren Ländern kein Anrecht auf einen intakten Lebensraum und die Erhaltung ihrer Gesundheit haben sollten. **Offenbar steht trotzdem der Profit einiger weniger Firmen mit Sitz in der Schweiz – die oft nicht einmal als Schweizer Firmen bezeichnet werden können, weil sie mehrheitlich in ausländischer Hand sind und von Ausländern geführt werden – über der Menschlichkeit und dem gesunden Menschenverstand.** Deshalb braucht es die Konzernverantwortungsinitiative, die nicht nur von linken politischen Kräften unterstützt wird, sondern bis weit ins bürgerliche Lager hinein Anhänger findet.

Wenig Gegenliebe bei Grosskonzernen und Parlament

Einige multinationale Grosskonzerne haben verständlicherweise kein Interesse daran, dass die KVI vom Volk gutgeheissen wird. Sie fürchten – und das zu Recht – die Konsequenzen für ihr jahrelanges unverantwortliches Handeln. **Wird die Konzernverantwortungsinitiative angenommen, werden sie tief in die Tasche greifen müssen, um ihre Verbrechen so weit wie möglich wiedergutzumachen.** Natürlich gibt es neben all den schlechten Beispielen etliche international tätige Firmen und Grosskonzerne, die sich ihrer sozialen und ökologi-

schen Verantwortung bewusst sind und auch dementsprechend handeln und wirtschaften. Für die schwarzen Schafe unter ihnen aber braucht es Regulierungen, um auch sie zur Einhaltung international anerkannter Umweltstandards und Menschenrechte zu verpflichten. **Die Gegner der KVI, angeführt vom Konzernlobbyistenverband Economiesuisse, pumpen Abermillionen in den Abstimmungskampf, in der Hoffnung, die für ihren wirtschaftlichen Profit wenig förderliche Vorlage zu bodigen.**

Wie stark der Einfluss der Konzernlobby auf unsere Parlamentarier zu sein scheint, zeigt eindrücklich die Verzögerungstaktik in den beiden Räten. Denn obwohl die Initiative bereits im Oktober 2016 eingereicht wurde, stimmen wir erst jetzt, nach mehr als vier Jahren, darüber ab.

National- und Ständerat konnten sich lange nicht auf einen Gegenvorschlag einigen, schoben die Vorlage immer wieder hin und her und vertagten stetig Diskussionen und Entscheidungen. **Vielleicht war die Hoffnung, dass den Initianten dank dieser Verzögerungstaktik allmählich das Geld ausgehen würde.** Am Ende einigten sich die Räte doch noch auf einen indirekten Gegenvorschlag.

Dieser ist jedoch vollkommen zahnlos. Die Konzerne müssten sich lediglich verpflichten, einmal im Jahr eine schöne Hochglanzbroschüre zu veröffentlichen, in der sie sich dann selbst loben könnten, welche guten Taten sie für Mensch und Umwelt vollbracht haben.

Ja zur KVI – Ja zur Vernunft

Lassen wir es nicht weiter zu, dass multinationale Grosskonzerne ihren Profit auf dem Rücken der Menschheit erwirtschaften und dabei auf der ganzen Welt ohne Konsequenzen ihr Unwesen treiben und ganze Landstriche zerstören können. Mit einem Ja zur Konzernverantwortungsinitiative am 29. November können wir unseren Beitrag dazu leisten, dass andere Völker, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu wehren, zu ihren Rechten kommen – Rechte, die für uns schon längst zur Selbstverständlichkeit gehören. **Denn denken wir immer daran: Wir hätten schliesslich auch keine Freude, würden solch unmenschliche Verbrechen auf helvetischem Boden an unserem eigenen Volke begangen.**

*Roland Uhler, e. Gemeinderat,
Präsident SD Kanton St. Gallen,
St. Gallen*

Gegen die schleichende Islamisierung – Ja zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»!

Wer trägt Schuld an der Covid-19-Pandemie?

Nicht die Fledermäuse sind schuld an unserer Coronakrise. Sie stellen nur ein Symptom dar. Wir Menschen sind die Ursache all dieser Epidemien wie SARS, H5N1, H1N1, MERS, Zika, Ebola und Covid-19 (SARS-CoV-2). **Eine neue Studie der Veterinärschule der Universität Kalifornien beweist, dass die Menschheit für die Coronapandemie allein verantwortlich ist.** Auch andere weltweit angesehene Wissenschaftler kommen zu diesem Schluss. **Die extreme Geschwindigkeit, mit der sich die Viren verbreiteten, ist auf unsere unnatürliche Lebensweise zurückzuführen.** Die rücksichtslose Zerstörung natürlicher Lebensräume, die fortschreitende Rodung der Regenwälder, der Abbau von Bodenschätzen, die durch die internationale Industrie verursachte Vergiftung der Luft und des Wassers, die Massentierhaltung, die rasante Globalisierung, die steigende Mobilität und die stetige Zuwanderung sind Faktoren, welche dazu beitragen, unsere Natur aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Massentierhaltung begünstigt Virenerkrankungen

Die Welternährungskommission der UNO veröffentlichte kürzlich, dass der weltweite Rinderbestand 1,5 Milliarden betrage. In Saudi-Arabien liegt das grösste Milchviehunternehmen der Welt, dort leben 95'000 Kühe in einem einzigen Betrieb. **Von riesigen Hühner- und Entenfarmen in asiatischen Ländern breitete sich ab 2006 die Vogelgrippe (H5N1) aus, worauf unzählige Tiere vorbeugend getötet wurden.** Dank eines Impfstoffes kamen lediglich 861 Menschen ums Leben. Danach trat in den Jahren 2009 und 2010 die Schweinegrippe (H1N1) auf, woran gesamthaft 203'000 Menschen starben, doch auch hier konnte ein Impfstoff dagegen entwickelt werden.

Je mehr Tiere auf engstem Raum zusammengepfercht werden, desto schneller verbreiten sich Infektionskrankheiten. Diese Virenerkrankungen sind Zoonosen, das bedeutet, dass sie von Tieren auf Menschen übertragen werden können.



Die Massentierhaltung darf als Quelle von allfälligen Pandemien nicht unterschätzt werden.

Einsatz von Antibiotika

Das bewährte Mittel, ein Antibiotikum, ist leider wirkungslos gegen Virenerkrankungen. Nur gegen bakterielle Erkrankungen helfen Antibiotika, die oft auch an erkrankten Tieren verabreicht werden. Meist verbleiben aber noch Antibiotikarückstände im Fleisch, welches wir essen, was zur Folge hat, dass wir immer mehr Resistenzen gegen bestimmte Antibiotika aufbauen. **Das kann zu lebensgefährlichen Reaktionen bei Erkrankten führen.**

Die Millionen von Hühnern, Enten und Schweinen in der Massentierhaltung bilden Reservoirs für neue Viren, die der Menschheit äusserst gefährlich werden können. Auch durch den steigenden Handel und den Verzehr von Wildtierfleisch werden aggressive Viren freigesetzt.

Da die Weltbevölkerung ständig wächst, verschärft sich das Problem noch zusätzlich. Der Fleischkonsum nimmt weltweit zu, trotz steigender Zahl von Vegetariern und Veganern in den westlichen Ländern.

Steigende Bevölkerungszahlen in Asien und Afrika

Die aktuelle Weltbevölkerungszahl beläuft sich auf 7,85 Milliarden. Vor 10'000 Jahren lebten

schätzungsweise nur 5 bis 10 Millionen Menschen auf der Erde und vor 2000 Jahren waren es 300 Millionen.

Im Jahr 1900 wurden bereits weltweit 1,6 Milliarden gezählt. Seither haben sich die Zahlen mehr als vervierfacht, und die Bevölkerung wächst weiterhin rasant! Für das Jahr 2060 werden 9,7 Milliarden geschätzt!

Die Überbevölkerung unseres Planeten durch die menschliche Spezies zerstört das Gleichgewicht der Natur und begünstigt die Verbreitung aller Art von Pandemien.

Covid-19 hat uns deutlich gezeigt, wie verheerend sich so eine Pandemie auf alle Gebiete unseres normalen Alltagslebens und die Wirtschaft auswirken kann. Es gibt verschiedene Science-Fiction-Filme und Bücher über solche Szenarien, doch nie hätten wir gedacht, dass eine solche Pandemie für uns zur Wirklichkeit wird, mit all ihren vielfältigen Folgen.

Essgewohnheiten ändern

Falls wir unsere Lebens- und Essgewohnheiten nicht ändern, steht schon bald die nächste Pandemie bevor! Auch wenn es mittels Impfstoff möglich ist, das Coronavirus zu bekämpfen, könnte schon bald ein neues noch gefährlicheres Virus auftauchen.

Wir müssen unsere Lebensweise gründlich überdenken, vor allem unser Verhältnis zur Natur und zu den Tieren. Wir sollten unseren Fleischkonsum drosseln und Fleisch von Tieren, die in Massentierhaltung vegetieren mussten, gänzlich meiden.

Importiertes Fleisch aus Argentinien, Brasilien und anderen Ländern enthält schädliche Substanzen, die unserer Gesundheit schaden. Die Lebensmittelgesetze sind dort nicht so streng wie bei uns, genauso wie die Vorschriften für den Tierschutz.

Konsequent nur regionale Produkte kaufen

Die Schweizer Bevölkerung sollte mehr die lokale Landwirtschaft berücksichtigen und regionale Produkte konsumieren. Es lohnt sich, das teurere Schweizer Fleisch aus tieregerechter Haltung zu kaufen. Dies würde einige weitere Bauern ermutigen, ihren Betrieb ökologisch und tieregerecht zu führen.

Glücklicherweise leben wir in einem Land mit intaktem Agrarsektor. Leider ist unsere Landwirtschaft durch die Globalisierung einem unfairen Wettbewerb ausgesetzt. Sämtliche Importprodukte sind natürlich viel preisgünstiger und überschwemmen die Regale unserer Lebensmittelgeschäfte.

Zudem kümmern sich die grossen internationalen Lebensmittelkonzerne weder um die Umweltzerstörung, noch um den örtlichen Tierschutz, auch nicht um gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen für ihre Arbeitskräfte. Sie handeln rücksichtslos und verantwortungslos, nur der eigene Profit zählt, was mit der Umwelt passiert, ist ihnen egal. Deshalb unterstützen wir Schweizer Demokraten ebenfalls mit Überzeugung die Konzernverantwortungsinitiative. Die entsprechende Volksabstimmung findet am 29. November 2020 statt.

*Margrit Neukomm,
Zentralvizepräsidentin, Bern*

**Unabhängig jeglicher Verhandlungen – Nein zum institutionellen Rahmenabkommen!
Bewahren wir unsere Souveränität!**

Parolen zum Urnengang vom 29. November 2020

Die ordentliche schweizerische Herbstversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2020 beschlossen:

Ja zur Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»:

Mit dieser Volksinitiative will man sicherstellen, dass Grosskonzerne mit Sitz in der Schweiz international anerkannte Menschenrechte und Umweltstandards auch im Ausland einhalten. Dabei verpflichten sich die Unternehmungen, die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit zu eruieren und nötigenfalls zu korrigieren. Aufgrund mehrerer aktueller Beispiele besteht zweifelsohne zwingender Handlungsbedarf, zumal die bisherigen Regelungen keineswegs ausreichen.

Zu erwähnen wäre etwa der im Rohstoffhandel tätige weltweite Marktführer Glencore, der in südamerikanischen und afrikanischen Staaten die Böden mit den Giften seiner Minen verseucht. Über verunreinigtes Wasser erkranken dann die dort wohnhaften Menschen.

Des Weiteren verkauft der globale Anbieter für Agrartechnologie, Syngenta, in anderen Kontinenten Pestizide, welche in der Schweiz seit



Die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» schwächt die Versorgungssicherheit der Schweizer Armee.

Langem verboten sind. Als Folge davon kam es in Indien bei zahlreichen Kleinbauern zu schweren Gesundheitsschäden, sodass einige von ihnen sogar daran starben. **Deshalb ist es unabdingbar, solche Schweizer Globalplayer und die durch sie kontrollierten Tochterfirmen für die verursachten Schäden entsprechend haften zu lassen.**

Ein Unternehmer soll für sein Handeln die Verantwortung übernehmen. Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt.

Letztlich führt die Verletzung der Menschenrechte und internationa-

len Umweltschutzrichtlinien ebenfalls zu neuen Migrationswellen. Die Schweizer Demokraten (SD) haben zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»:

Mit dieser Volksinitiative will man verbieten, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB), hiesige Stiftungen, die AHV und die Pensionskassen Kriegsmaterialproduzenten finanziell unterstützen dürfen. Als solche gelten Unternehmungen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahres-

umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Dieser Begriff unterliegt jedoch kaum einer klaren Definition, zumal lediglich Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen davon ausgenommen sind. Auf andere hauptsächlich militärische Rüstungsgüter wird nicht eingegangen. **Zudem verzichtet das Begehren darauf, das Kernproblem der mangelhaften Regulierung der Waffenexporte anzusprechen, weshalb die Initianten am Ziel vorbeischossen.**

Die Einschränkungen mit der vorgesehenen Regelung sind für die Schweizer Rüstungsbetriebe zu gross, was letztlich vor allem die Armee schwächt. Diese kann ihre Handlungsfähigkeit nur über finanziell stabile einheimische Hersteller von Rüstungsmaterial sicherstellen.

Ansonsten droht eine verstärkte Abhängigkeit von ausländischen Produzenten. Das hätte für die militärische Sicherheit der Bevölkerung und somit die Unabhängigkeit der Schweiz fatale Auswirkungen. Des Weiteren sollte man nicht zuletzt aus demografischen Gründen gerade bei den Pensionskassen mit solchen Anlagevorschriften vorsichtig sein. Die Schweizer Demokraten (SD) beschliessen zur Vorlage die Nein-Parole.

Herbstversammlung der SD Schweiz

Parole zum Urnengang vom 7. März 2021

Die ordentliche schweizerische Herbstversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parole für die eidgenössischen Abstimmungen vom 7. März 2021 beschlossen:

Ja zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»:

Mit dieser Volksinitiative will man verbieten, dass jemand in der Öffentlichkeit sein Gesicht verhüllen darf, was genauso für allgemein zugängliche Räumlichkeiten oder Orte gilt, an denen grundsätzlich von jedermann beanspruchte Dienstleistungen angeboten werden. Sakralstätten sind davon ausgenommen.

Zudem verhindert das Begehren die aufgezwungene Verschleierung aufgrund des Geschlechts. Diese Regelung betrifft die Problematik der islamischen Gesichtsverhüllung, welche ein Symbol der Unterdrückung der Frau darstellt.

Dabei handelt es sich um eine archaische Sitte des muslimischen Patriarchats, wobei auch gemässigte Vertreter des Islams diesen Verstoß gegen die verfassungsmässige Gleichstellung der Geschlechter ablehnen. **Ohne möglichst frühzeitiges Verbot wird die Fortschreitung der langfristigen schleichen Islamisierung begünstigt, sodass sich dann niemand über eine**

allfällige Zunahme von verschleierten Musliminnen wundern sollte.

Des Weiteren richtet sich die Initiative gegen linksextreme Aktivisten und Hooligans von Fussball- respektive Eishockeyclubs, die sich zwecks Begehung von strafbaren Handlungen wie gewalttätige Übergriffe auf Personen oder Zerstörung von Sachgütern verummern.

In Schweizer Grosstädten kommt es unter anderem am Rande von Demonstrationen immer wieder zu solchen kriminellen Taten. **Zu erwähnen wäre an dieser Stelle etwa die linksautonome «Antifa» (sogenannte Antifaschisten).** Die Schweizer Demokraten (SD)

haben die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» bereits im Sammelstadium aktiv unterstützt, sind im Initiativkomitee vertreten und werden sich ebenfalls im bevorstehenden Abstimmungskampf entsprechend engagieren. Zur Vorlage wurde die Ja-Parole beschlossen. *Herbstversammlung der SD Schweiz*

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

Bergkarabach: Weiterer Genozid verhindern!

Seit dem 27. September tobt in Bergkarabach wieder ein Krieg, in welchem ca. 150'000 Armenier vertrieben und umgebracht werden könnten, sollten die Kampfhandlungen kein Ende finden. Bergkarabach befindet sich östlich von Armenien und ist seit sehr langer Zeit mehrheitlich von armenischen Christen bewohnt. Frühe Zeugnisse armenischer Kultur sind das Kloster Amaras (4. Jahrhundert nach Christus) und Gandassar (1216 nach Christus). **Bei der Erfassung der Bevölkerung im Jahr 1823 waren die Armenier in den gebirgigen Gegenden (dem heutigen Bergkarabach) in der Mehrheit. In Niederkarabach waren es dagegen die muslimischen Aserbajdschaner.** Da im 19. Jahrhundert immer mehr Armenier aus Persien sowie dem Osmanischen Reich flohen und sich in Armenien, innerhalb des Russischen Reiches, niederliessen, verschob sich die Mehrheit noch stärker zu ihren Gunsten. Nach dem Völkermord (zirka 1,5 Millionen Tote) und der Vertreibung von Armeniern im Osmanischen Reich in den Jahren 1915 und 1916 gab es nochmals eine Zuwanderung in das Russische Reich. **In den 1920er-Jahren war Bergkarabach fast ausschliesslich armenisch besiedelt; 94% Armenier im Jahre 1923.**

1921 wurde Bergkarabach vom sowjetischen Diktator Josef Stalin entgegen jeglicher Logik Aserbajdschan zugeteilt, was bis heute Nachwirkungen hat. Es war die Sowjetrepublik Aserbajdschan, welche in Bergkarabach eine Ansiedlungspolitik von Aserbajdschanern betrieb, sodass 1989 dort noch lediglich 73% Armenier lebten. Daneben belief sich der Anteil der Aseris auf 25%.

Auch im Korridorgebiet Latschin, welches zwischen Armenien und Bergkarabach liegt, waren die Aseris nicht in der Mehrheit, sondern die Kurden. 1926 betrug die Einwohnerzahl 51'200, davon 73,1% Kurden. Bei den übrigen 26,9% handelte es sich um Aserbajdschaner und Armenier. Allerdings gab es in den 50er-Jahren eine Deportation von Kurden nach Zentralasien. Bergkarabach kam nie zur Ruhe.

Immer wieder wurden im Obersten Sowjet Anträge für einen Anschluss von Bergkarabach an die Sowjetrepublik Armenien gestellt, die man jedoch alle ablehnte.

Bergkarabach wurde unabhängig

Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1990 und 1991 wurden sowohl das christliche Armenien als auch das muslimische Aserbajdschan und das ebenfalls christliche Georgien zu unabhängigen Staaten. Das war aber auch der Beginn einer Wiederaufflackerung dieses alten Konfliktes um Bergkarabach.

Im September 1991 erklärte die Regierung der autonomen Region Bergkarabach die Unabhängigkeit und im darauffolgenden Dezember wurde diese dann in einer Volksabstimmung (Referendum) entsprechend bestätigt. Ab diesem Zeitpunkt gehörte Bergkarabach nicht mehr zu Aserbajdschan!

Das Ergebnis dieses Referendums (über 98% Ja zur Unabhängigkeit) war klar, da die aserbajdschanische Minderheit in Bergkarabach diese Abstimmung boykottierte. **Jedoch genauso ohne Boykott hätte die Mehrheit der Bergkarabacher Bevölkerung eine Zustimmung von 73% erreicht, zumal dies der armenische Bevölkerungsanteil im gesamten Staatsgebiet war. Somit ist dieser Volksentscheid legitim und zu respektieren.** Im Weiteren gibt es eine UNO-Charta, wo das Selbstbestimmungsrecht der Völker festgelegt wurde. Auch Osttimor, Südsudan und der Kosovo wurden durch solche Referenden (Volksentscheide) unabhängig. Im darauffolgenden Krieg zwischen Armenien und Aserbajdschan von 1992 bis 1994 obsiegten die armenischen Milizen und vertrieben die Aserbajdschaner aus Bergkarabach und dem Korridorgebiet von Latschin. Pogrome und Vertreibungen gab es auf beiden Seiten. **Am 12. Mai 1994 trat dann ein Waffenstillstandsabkommen in Kraft, welches die Frontlinie bis heute festlegt.**

Heute leben in Bergkarabach und dem Korridorgebiet von Latschin, die zusammen die Republik Arzach bilden, 146'600 Menschen, davon 99% armenischstämmig.

Der aktuelle Konflikt

2008, 2014 und 2016 kam es erneut zu militärischen Auseinandersetzungen mit den Aseris, welche allerdings wieder beigelegt wurden. 2020 jedoch hat sich die

Lage dramatisch zuungunsten von Armenien und Arzach gewendet. **Seit September 2020 greifen nicht nur aserbajdschanische Truppen, sondern auch türkische Militärs und djihadistische Milizen aus Syrien die Republik Arzach an.** Die Türken und mittlerweile ebenfalls die Aseris verfügen über moderne Waffen und einen grossen Truppenbestand. Die Auseinandersetzung wird sowohl auf militärischer als auch diplomatischer und propagandistischer Ebene geführt. Obwohl Armenien Mitglied des Militärbündnisses OVKS ist, hält sich Russland bis jetzt zurück.

Es sind also nicht die Armenier, sondern die Aserbajdschaner und Türken, welche in Bergkarabach (Republik Arzach) eindringen und die einheimische armenische Bevölkerung mit schwerem Geschütz vertreiben und massakrieren.

Dies lässt besonders aufhorchen, wenn man weiss, dass das Osmanische Reich 1915 einen Völkermord an den Armeniern beging, wo über 1,5 Millionen Menschen vertrieben, ermordet, massakriert und auf einen langen Todesmarsch in die syrische Wüste geschickt wurden. Darum hat die Armee der Republik Arzach und ihre Verbündeten aus Armenien das Recht, ihr Gebiet gegen diese Eindringlinge zu verteidigen.

Es gab tatsächlich UNO-Resolutionen, wo Armenien aufgefordert wurde, Bergkarabach zu verlassen und den Aserbajdschanern zu übergeben; aber diese Resolutionen stehen im krassen Widerspruch zur UNO-Charta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Es ist unlogisch und kaum nachvollziehbar, dass einerseits die Volksentscheide des Kosovo über seine Unabhängigkeit von Serbien respektive von Südsudan gegenüber Sudan und Osttimor von Indonesien international anerkannt werden (was auch richtig war), aber andererseits die Volksabstimmung zugunsten eines unabhängigen Bergkarabach nicht.

Solidarität mit Armenischstämmigen

Offenbar geht im gegenwärtigen Medienhype über Corona und die Wahlen in den USA ein Krieg ver-

gessen, welcher im Interesse von Recep Erdogan und seinen Grossmachtträumen geführt wird. Da ist wohl die Geopolitik der Grossmächte (Öl- und Gaspipeline) plötzlich wichtiger als solche berechtigten völkerrechtlichen Anliegen. **Hier in der Schweiz müsste eine Solidarisierungswelle für die christlichen Armenier stattfinden.**

Unsere Regierung sollte für die Türkei und Aserbajdschan ein sofortiges Waffenausfuhrverbot in Kraft setzen. Ebenso wäre der Ölliefervertrag der Migros mit dem SOCAR-Tankstellennetz zu sistieren, solange auf der Internetseite von SOCAR Kriegspropaganda für Aserbajdschan betrieben wird.

Des Weiteren ist die Schweizer Bevölkerung aufgerufen, diese Tankstellen zu boykottieren. Dasselbe wurde bereits im Jahr 2008 mit Tamoil getan. Letztlich gibt es auf der Homepage von «Christian Solidarity International» (CSI) eine E-Petition zum Unterzeichnen (<https://csi-schweiz.ch/artikel/petition-die-schweizer-regierung-muss-das-volk-von-bergkarabach-schuetzen>), wo Aussenminister Ignazio Cassis gebeten wird, der Verhinderung eines erneuten Völkermordes an den Armeniern hohe Priorität einzuräumen und der leidenden Bevölkerung rasche humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Zudem fordert die Petition ein Verbot der Ausfuhr von Schweizer Kriegsmaterial an die anti-armenische Koalition sowie eine Anerkennung der Republik Arzach, im Einvernehmen mit der UNO-Charta für das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

*Walter Wobmann, Präsident SD
Stadt Zürich, Zürich*

Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.-. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben. Zwischen März und Juni des laufenden Jahres folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.-). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben. Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt.

SD-Redaktion



Positions sur les objets de la votation du 29 novembre 2020

La réunion d'automne des Démocrates Suisses (DS) a pris les paroles suivantes sur les objets de la votation populaire du 29 novembre 2020:

Oui à l'initiative populaire «Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement»:

Cette initiative populaire veut faire en sorte que les entreprises multinationales qui ont leur siège en Suisse doivent respecter les droits de l'homme et les normes environnementales internationalement reconnus. Ces entreprises seront tenues d'examiner les répercussions de leurs activités et – le cas échéant – de les corriger. Plusieurs exemples actuels montrent l'urgence de prendre des mesures car les règles actuellement en vigueur ne suffisent pas du tout.

Un exemple à mentionner est Glencore, leader mondial dans le domaine du commerce de matières premières, qui pollue des champs et des eaux dans des pays sud-américains et africains avec des substances toxiques provenant de ses mines. En buvant de l'eau polluée, les habitants locaux tombent malades.

Un autre exemple: La multinationale Syngenta, spécialisée dans la



chimie et l'agroalimentaire, vend des pesticides sur des autres continents – notamment des pesticides qui sont interdits en Suisse depuis longtemps. Cela a eu pour résultat que de nombreux fermiers en Inde ont subi des graves conséquences sur leur santé. Plusieurs d'entre eux sont même décédés. **Voilà pourquoi il est absolument nécessaire que telles multinationales et leurs filiales soient tenues responsables de tous les dommages qu'elles causent.**

Un entrepreneur doit assumer la responsabilité de ses actions. L'économie doit servir l'homme, pas vice versa.

Par ailleurs, la violation des droits de l'homme et des normes environnementales internationalement reconnus aboutit également à de nouvelles vagues migratoires.

Les Démocrates Suisses (DS) te recommandent d'approuver cette initiative.

Non à l'initiative populaire «Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre»:

Cette initiative populaire vise à interdire à la Banque nationale suisse (BNS), aux fondations locales ainsi qu'à l'AVS et aux caisses de pension de financer la production de matériel de guerre. Aux termes de l'initiative, toute entreprise qui réalise plus de 5% de son chiffre d'affaires annuel dans la production d'armes est un producteur de matériel de guerre. Il n'existe pourtant pas de définition claire du terme «matériel de guerre». Seulement les appareils servant au déminage humanitaire

ainsi que les armes de chasse et de sport sont exclus, mais on n'aborde pas d'autres biens d'armement. **L'initiative renonce également à aborder la question essentielle des contrôles effectués en matière d'exportation d'armement insuffisants. Le comité d'initiative rate donc son coup. Les limitations occasionnées par les règles prévues seraient trop strictes pour les entreprises d'armement suisses, ce qui affaiblirait surtout notre armée en fin de compte.**

L'armée suisse ne peut assurer sa capacité d'action que grâce à des entreprises d'armement suisses qui disposent d'une soutenabilité des finances, sans quoi nous risquons une augmentation de la dépendance de fournisseurs étrangers.

La sécurité de la population et l'indépendance de la Suisse subirait des graves conséquences. En plus, face à l'évolution démographique, il vaudrait mieux être prudents quand on impose des consignes concernant les investissements aux caisses de pension. Les Démocrates Suisses te recommandent de rejeter cette initiative.

La réunion d'automne des DS Suisse

Position sur l'objet de la votation du 7 mars 2021

La réunion d'automne des Démocrates Suisses (DS) a pris la parole suivante sur l'un des objets de la votation populaire du 7 mars 2021:

Oui à l'initiative populaire «Oui à l'interdiction de se dissimuler le visage»:

Cette initiative populaire vise à éviter que l'on peut se dissimuler le visage dans l'espace public et dans les lieux accessibles au public ou dans lesquels sont fournies des prestations ordinairement accessibles par tout un chacun. L'interdiction n'est pas applicable dans les lieux de culte.

L'initiative garantit également que nul ne peut contraindre une personne de se dissimuler le visage en raison de son sexe. Cette loi résoudra les problèmes liés à la dissimulation du visage qui se pratique par les musulmanes et qui représente un symbole d'oppression des femmes.

Là, il s'agit donc d'une coutume archaïque du patriarcat musulman tandis que des représentants d'un islam modéré critiquent ce non-respect de l'égalité entre femmes et hommes garantie par la Constitution fédérale. **Une interdiction in-**

existante ou tardive de cette coutume favorise l'islamisation rampante de la Suisse. Si nous acceptons ça, il ne faudra pas s'étonner d'une augmentation de musulmanes voilées.

En outre, l'initiative se reporte sur les activistes d'extrême gauche et les hooligans des clubs de football ou de hockey sur glace qui se dissimulent le visage afin de commettre des crimes comme des actes de violence contre des personnes ou des déprédations.

Dans les grandes villes suisses, on constate régulièrement de telles

émeutes dans le cadre de manifestations. **À mentionner est par exemple l'Antifa, organisation antifasciste d'extrême gauche.** Les Démocrates Suisses (DS) ont déjà récolté des signatures pour l'initiative populaire «Oui à l'interdiction de se dissimuler le visage». On fait également partie du comité d'initiative et s'engagera dans la campagne qui démarra bientôt. Les Démocrates Suisses te recommandent d'approuver cette initiative.

La réunion d'automne des DS Suisse

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10

Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat /
e. Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden

Margrit Neukomm, Bern

Schweizer Demokraten (SD) verjüngen nationale Parteileitung



Die schweizerische Mitgliederversammlung wählte den Solothurner Matteo Blaser als neuen Beisitzer in die nationale Partei-

leitung. Der 34-jährige Kaufmann und Promoter war Spitzenkandidat bei den Nationalratswahlen im Jahr 2019 in seinem Wohnkanton. **Dabei bewies der politische Quereinsteiger sein Talent und konnte mit ausgeprägter Eigeninitiative während des ganzen Wahlkampfes überzeugen.** Die Parteileitung ist

sich sicher, in ihm einen engagierten Mitstreiter gefunden zu haben, der für die Gesamtpartei ein echter Mehrwert darstellt.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Wiederum keine Begrenzung der Zuwanderung Dennoch vier Abstimmungsresultate zugunsten der SD

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen die Ablehnung der Begrenzungsinitiative mit Bedauern zur Kenntnis. Es war seit langem die erste Möglichkeit, mittels Volksabstimmung die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens zu beschliessen. Dieses hat die grösste Wirkung auf die langfristig hohe Zuwanderung und gewichtet weit mehr als die Migration aus dem Asylwesen.

Nun muss ein echter spürbarer Inländervorrang eingeführt werden, zumal die heutige Stellenmeldepflicht der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in keinsten Weise entspricht.

Des Weiteren ist der Kampf gegen das institutionelle Rahmenabkommen absolut prioritär. Damit wäre das Ende der souveränen und unabhängigen Schweiz besiegelt.

Andererseits bedanken sich die SD beim Stimmvolk für die Annahme der Beschaffung der Kampfflugzeuge, das Ja zum Vaterschaftsurteil sowie das Nein zu den Kinderabzügen und zum Jagdgesetz. Es sind starke Voten zugunsten einer handlungsfähigen Armee, eines griffigen Tierschutzes und einer ganzheitlich sozialen Schweiz.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Telefon/Natel: _____

E-Mail: _____

Datum /
Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Abstimmungsparolen für den Urnengang vom 29. November 2020

- **Ja** zur Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»
- **Nein** zur Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Abstimmungsparole für den Urnengang vom 7. März 2021

- **Ja** zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat!

Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos: Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern, Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an folgende Person wenden:

Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch